

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

100 Jahre Internationaler Frauentag

Die Quotenfrau

In diesem Jahr begehen wir zum 100. Mal den Internationalen Frauentag.

Der erste Frauentag, gefeiert am 19. März 1911, galt der Durchsetzung des Frauenwahlrechts und richtete sich gegen die drohende Kriegsgefahr.

Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit kamen dazu. Diese Forderung ist noch heute aktuell, genauso wie die Forderung nach Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und wie steht es mit der Forderung nach einer Frauenquote? Diese Forderung ist in allen Parteien umstritten.

Die Grünen waren die ersten, die eine Frauenquote (50%) für Parteiämter und Mandatsträger in ihre Satzung aufnahmen. Wir als LINKE haben ebenfalls seit Gründung der PDS eine Geschlechterquotierung von 50 Prozent in unserer Satzung. Andere Parteien sind noch nicht soweit.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wie kontrovers die Forderung nach einer Frauenquote in der Wirtschaft diskutiert wird.

Sicher auch, weil kluge, kompetente und selbstbewusste Frauen als Konkurrenz von den Männern wahrgenommen werden. Warum eigentlich sind Frauen nicht eher eine Bereicherung, da sie doch weiblicher an die Dinge herangehen? Sind nicht ihre Vorzüge gerade im sozialen Bereich schon immer anerkannt, aber nur nicht entsprechend wahrgenommen worden?

Und wer heute noch denkt, es gibt männliche und weibliche Berufe, der hinkt der gesellschaftlichen Entwick-

Spruch des Monats

»Tradition ist die Weitergabe des Feuers und nicht die Anbetung der Asche.«

Gustav Mahler

lung hinterher. Wenn auch technische Bereiche nicht gerade der Favorit bei der Berufswahl der Frauen sind, so ändert sich trotzdem auch in diesen Bereichen die Gesellschaft.

Wichtig ist, dass Frauen eine Chance erhalten!

Die männliche Vorherrschaft in vielen Unternehmen wird als normal empfunden. Obwohl es nicht wenige Männer und Frauen gibt, die eine Frau als Chefin bevorzugen würden. Ein Blick in die Politik offenbart ein ähnliches Bild. So sitzen in unserer Stadtverordnetenversammlung, die 28 plus 1 Mitglied umfasst, gerade mal 4 Frauen. Im Kreistag Spree-Neiße sind es 7 Frauen von 50 plus 1 Mitglied des Kreistages. Kann uns die Frauenquote helfen, diese Verhältnisse zu ändern bzw. Parlamente zu bekommen, die paritätisch von Frauen und Männern besetzt sind?

Ja, sie kann! Sie ist ein Mittel zum Zweck und kann helfen, Frauen überhaupt eine Chance einzuräumen. Denn oft sind es Männer, die sich an die vordere Front drängen, Frauen wollen gefragt und ermutigt werden, nicht aus Gründen der Quote, sondern weil sie



kompetent sind und das auch beweisen wollen. Eine Frauenquote kann und wird also einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit leisten.

Liebe Frauen, zeigt Mut und fordert eure Chancen ein!

Anke Schwarzenberg Ortsvorsitzende

Top secret (streng geheim)!



In Forst regiert die Heimlichkeit. Was an anderen Orten den Geheimdiensten vorbehalten bleibt, nämlich alles im Verborgenen zu tun, ist vermutlich in unserer Stadtverwaltung fes-

ter Arbeitsbestandteil.

Ob Stadtabriss, 100-jähriges Rosengartenjubiläum oder Rosenköniginnenwahl, alles wird ohne Bürgerbeteiligung geplant. In der Innenstadt sollen weitere Wohnblöcke abgerissen werden. Damit

wird sich das Stadtbild merklich zum Negativen verändern. Eine öffentliche Debatte dazu wird nicht geführt. Wie Forst zukünftig aussehen soll, entscheiden wieder mal eine Handvoll selbsternannter Experten.

Im Rosengarten soll es 2013 eine »Deutsche Rosenschau« geben. Die letzte dieser Art fand 1938 unter Hakenkreuzfahnen in Forst statt. Nun wollen der Bürgermeister und der oberste Gärtner, Herr Engwicht, eine Tradition fortsetzen, die es unter diesem Namen seit 1938 nicht mehr gibt. Die Forster Bürger werden nach ihrer Meinung nicht gefragt.

Schorschels

Stadtgeflüster

Ein strahlendes Hallöchen ihr den Vorfrühling genießenden MB-Leser, auch wenn sich wieder mal dunkle Wolken am Forster Himmel abzeichnen. Der Kämmerer der Stadtverwaltung muss früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben – als Melker! Schade nur, dass es heute keine Kühe mehr sind, die er »melken« will! Recht hat er trotzdem, denn den Forster Schuldenberg haben natürlich die Kindergartenkinder, die Kleingartenbesitzer, die Schwimmbadbesucher, die Hundehalter und nicht zuletzt die Nutzer der Stadtbibliothek angehäuft, also her mit den Moneten. Ja, ja, weiter so, wie wär's denn noch mit einer Bürgersteigbenutzungssteuer, die würde vielleicht Geld in die Kassen spülen. Am wichtigsten fände ich aber eine Unvermögenssteuer, wenn die eingeführt wird, dann können aber einige Landes- und Kommunalpolitiker monatlich blechen. Halten wir es also lieber mit dem obersten Forster Seniorenchef, der meint: »Was nützen Schienen, wenn keine Bahn fährt, also weg damit« (LR vom 03.02.11). Das ist die Lösung des Problems: Was nützen Schulen ohne Kinder - also schließen! Was nützen Häuser ohne Menschen - also abreißen! Vielleicht hat sich ja in kurzer Zeit alles von selbst erledigt und anstelle der einst so stolzen Tuchmacherstadt Forst erstreckt sich der Naturpark »Unteres Malxetal«. Bis dahin lasst Euch nicht so sehr in Eure Taschen greifen, auch wenn man Euch einreden will, es sei gut für Euch! Ihr wisst doch, der Klügere gibt nach, solange, bis er der Dumme ist!

Tschüss,

Euer Schorschel



Aktuelle Politik und Fernziel

Es war ein sehr interessanter und informativer Nachmittag an jenem 28. Januar 2011 in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Forst.

Die Interessierten, die gekommen waren, um den zwanzigsten Jahrestag des Malxe-Blattes zu würdigen, wurden nicht enttäuscht.

Besonders fand ich es gut, dass nicht nur die Gründer des Blattes zugegen waren und über seine Entwicklung berichteten, sondern jeder Teilnehmer auch die Möglichkeit hatte, in die Archivmappen der AG Malxe-Blatt Einblick zu nehmen. Letzteres tat ich ausgiebig und bekam sogar einige Bände zur weiteren Durchsicht nach Hause gebracht.

Es war eine sehr aufschlussreiche Beschäftigung mit dem z.T. schon historischen Material.

Sehr interessant fand ich die Vielfalt der Themen und den Bezug zu den verschiedenen Problemen der Parteiarbeit. Ganz wichtig fand ich die Berichterstattung der Abgeordneten in den kommunalen Gremien einerseits und die Diskussion über die strategische Orientierung der LINKEN andererseits. Überhaupt finde ich diese Breite von konkreter Tagespolitik und angemessener Beachtung von Zielen und Werten der linken Bewegung als unbedingt zu wahrendes Oualitätsmerkmal des Blattes. Ich fand – auch besonders in den Diskussionen in den ersten Jahren des Bestehens des Malxe-Blattes - eine ganze Reihe von Beiträgen, die ausdrücklich Bezug nahmen auf unsere gesellschaftlichen Zielsetzungen - auf unsere Werte und Ideale. Eine Leserin formulierte in der Mitte der Neunzigerjahre, dass unsere aktive Tagespolitik und unsere Visionen nicht voneinander getrennt werden dürfen. Ich habe sie so verstanden, dass z.B. unser praktisches konsequentes politisches Eintreten für soziale Gerechtigkeit seine letztendliche Motivation in unserer Orientierung auf eine sozial gerechte menschliche Gesellschaft hat - in unserer strategischen Zielsetzung zu einem demokratischen Sozialismus hin. Was nun Visionen betrifft, gehört die Kommunismus-Debatte in unserer Partei mit dazu auch wenn unsere politischen Gegner darüber Gift und Galle spucken. Übrigens ist der Kommunismus-Begriff in unserer Partei nicht tabu: Wir akzeptieren und tolerieren ja eine Kommunistische Plattform, deren Zugehörige wie alle Parteimitglieder voll zum Grundgesetz und den demokratischen Prinzipien unseres Landes stehen.

Und so bin ich der Meinung, dass wir uns nicht bei jeder Benutzung des Kommunismus-Begriffs erneut von dem historischen Missbrauch des Begriffs und von den Fehlern und Verbrechen, die in seinem Namen begangen worden sind, distanzieren müssen. Ich jedenfalls verstehe unter Kommunismus eine Vision, die eine erstrebenswerte, zutiefst menschliche Gesellschaft beinhaltet.

Ich hatte übrigens beim Lesen des allerersten Malxe-Blattes eine sehr angenehme Begegnung: Die Nr. 1 des Blattes von Januar 1991 wurde eingeleitet durch einen orientierenden Beitrag von dem von uns allen hochverehrten Christian Otto. Christian verweist auf die besonders brisanten politischen und sozialen Widrigkeiten jener Anfangszeit hier bei uns und fordert, sie zur Kenntnis zu nehmen und gegen alle Unvernunft aktiv Widerstand zu leisten. Und er formuliert: »Erhalten wir unser Selbstwertgefühl und machen wir uns auf den Weg auf den langwierigen, schwierigen Weg zu einer immer dringlicheren Zeitenwende. Dabei will das 'Malxe-Blatt' kritischer Begleiter sein.«

Ich meine, diese Orientierung bleibt stets aktuell.

Georg Domin

Top secret ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Vorschläge in der Stadtverordnetenversammlung werden ignoriert, und ein Vorbereitungskomitee, das diesen Namen verdient, gibt es nicht. Dafür werden im Haushalt der Stadt schon mal 50.000 Euro für Werbemaßnahmen geplant und Bürgermeister und Gartenexperte debattieren eifrig darüber, welchen Brunnen sie in den Rosengarten stellen wollen. Was eigentlich die Bürger wollen, interessiert dabei nicht.

Sehr bedenklich erscheint auch, dass die historischen Betrachtungen zum Thema Rosenschau und Rosengarten 1939 enden. Der gesamte Wiederaufbau nach 1945 im »Nationalen Aufbauwerk« und der Erhalt der Anlage unter Leitung von Werner Gottschalk, einem Mann, der fast vierzig Jahre seines Lebens dem Rosengarten widmete, spielen bisher keine Rolle und werden einfach ignoriert.

Die neueste Idee aus der Verwaltung ist nun eine geheime Rosenköniginnenwahl. Sicher bedarf die Präsentation der Stadt einer Überarbeitung. Warum dies aber nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden kann, bleibt das Geheimnis des Rathauses. Wer sagt eigentlich, dass es immer eine Königin geben muss? Da der Altersdurchschnitt in der Stadt nun einmal ansteigt, könnte man auch andere Ansätze diskutieren. In Karnevalsvereinen gibt es ein Prinzenpaar, warum kann es in Forst nicht ein Rosenpaar geben? Ein solches Paar darf dann gern auch über etwas mehr Lebenserfahrung verfügen. Selbst für die historische Figur des Grafen Brühl bliebe da noch ausreichend Platz. Wobei die Vermarktung dieser geschichtlichen Persönlichkeit ja auch eine ganz neue Idee sein soll, die aus dem Rathaus komme, wird behauptet! Nein, nein, ich will damit nichts andeuten, wir sind ja schließlich nicht bei zu Guttenberg! Alles in allem steht aber fest, dass die Vorbereitung und Durchführung des Rosengartenjubiläums 2013 eine echte Bürgerplattform braucht. Leider bleibt nun nur noch wenig Zeit, um die Forster Bürger in diese Vorbereitung ehrlich und offen mit einzubeziehen.

Ingo Paeschke, Fraktionsvorsitzender

Bürger im Ehrenamt stellen sich vor!

Heute:

Uwe Neuer, Sachkundiger Bürger für die Partei DIE LINKE im Kreistag Forst



Mein Name ist Uwe Neuer, und ich wurde am 09.02.1963 in Forst geboren. Ich besuchte die 5. Oberschule »Nikolai Ostrowski« bis zur 10. Klasse, danach erlernte ich den Beruf eines Elektromonteurs. Nach meinem Wehrdienst fuhr ich bis 1993 als Schiffselektriker bei der Deutschen Seereederei zur See. Es folgten Jahre der Montagetätigkeit, häufig auch im Ausland. Aber mein Hauptwohnsitz blieb in all den Jahren, in denen ich fern der Heimat tätig war, Forst. Später zog es mich dann aus der Stadt hinauf aufs Land, und seitdem wohne ich in Mattendorf (Gemeinde Wiesengrund).

Seit Ende 2008 engagiere ich mich besonders im sozialen Bereich und arbeite deshalb auch aktiv in der AG Soziales mit. Die Arbeit in der AG Soziales zeigte mir, dass die Partei DIE LINKE kommunalpolitisch sehr aktiv ist und etwas bewegen kann. Sie zeigte mir aber auch, dass die Politik sich allgemein stark an dem Leben in der Stadt orientiert und die Belange der ländlichen Bevölkerung oft zu kurz kommen. Deshalb nutze ich jede Gelegenheit,

um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen, zum Beispiel auf die Probleme des öffentlichen Nahverkehrs, dessen Durchführung in manchen Orten des Landkreises Spree-Neiße schlichtweg eine Katastrophe ist.

Zu Beginn des letzten Jahres wurde ich vom Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, als Sachkundiger Bürger in einem Fachausschuss des Kreistages mitzuwirken. Im Mai wurde ich dann von der Fraktion als Sachkundiger Bürger für den Sozial-, Gesundheitsund Gleichstellungsausschuss benannt und im Juni vom Kreistag berufen. In diesem Ausschuss setze ich mich für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Spree-Neiße ein. Sollten Sie also ein persönliches Anliegen haben, bin ich gern bereit, mich dafür einzusetzen. Der Kontakt kann über die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Forst, Berliner Straße 22 (Max-Seydewitz-Platz), erfolgen.

Uwe Neuer, Sachkundiger Bürger

AG Soziales – DIE LINKE

In der letzten Sitzung der AG Soziales wurde ein sehr interessantes Thema aufgerufen, das der Vorsitzende, Manfred Hungenbach, als Idee eingebracht hatte – die Erarbeitung eines Sozialpasses.

Dieser soll der Legitimation des Anspruches auf ermäßigte oder Zusatzleistungen der ALG-II-Empfänger dienen und anstelle der entwürdigenden Vorlage des Leistungsbescheides in Einrichtungen treten. Um eine Ausweitung der bereits vorhandenen Ermäßigungen, die derzeit für öffentliche Einrichtungen bestimmt sind, auf weitere Gebiete zu erreichen, lud die AG den Vizepräsidenten des Einzelhandelsverbandes des Landes Brandenburg und Mitglied der Stadt- und Kreistagsfraktion, Heinz Peter Bischoff, ein. Im gemeinsamen Gespräch wurden Möglichkeiten von Hilfs- und Zusatzleistungen diskutiert. Somit ist ein Einstieg in eine Problematik gelungen, deren Lösung den ALG-II-Beziehern ein würdigeres Leben im Alltag und eine größere Teilhabe am gesamt-gesellschaftlichen Leben gewährleisten soll.

Andreas Beckmann, AG Soziales

u früh klingelt der Wecker an diesem Samstag. Es ist dunkel, es ist kalt und der erste Kaffee wird noch ein paar Stunden auf sich warten lassen. Müde Gesichter an dick eingepackten Körpern entern den Bus, fletzen sich in die Sitze, schlafen sofort wieder ein.

Die müden Augen öffnen sich, der Bus steht. Erstaunte Blicke: Der Bus steht auf der Autobahn, darf nicht weiterfahren. Auf der Standspur laufen Menschen. Eine große Masse an Menschen. Die Tür öffnet sich, man schließt sich dem Zug der fremden Freunde an; auf dem Weg in die Innenstadt Dresdens.

Müde Beine verkünden das Ankommen nach sechs Kilometern, doch an Ausruhen ist nicht zu denken. Sofort nach den Blockadepunkten suchen, sofort zum Einsatz zum Sitzen. Dick eingemummelt, verschiedenste Materialien unter Tausenden von Popos und die besondere Wärme der Menschen untereinander halten von der Kälte ab. Zusammengekauert wie Spatzen im tiefsten Winter sitzen Menschen jeden Alters nebeneinander auf Straßen und Plätzen und warten auf die Kanonen der Polizei. Schlachtrufe, Gesänge und Blockadefachsimpelei versuchen die Räumungsaufforderungsversuche der Polizei zu übertönen. Irgendwo beschmiert sich jemand eine Stulle mit Frischkäse und sieht nicht, wie ein Wasserwerfer langsam näher rollt. Auch dieses Jahr wird jede Blockade hart umkämpft werden müssen.

Von Spatzen und Schlagstöcken

Ein Bericht aus Dresden vom 19. Februar 2011

Der Eindruck täuscht nicht. Die Ersten werden herausgezerrt. Sie wehren sich. Pfefferspray. An einer anderen Ecke stehen Polizisten mit Schäferhunden. Sie bellen und keine Sekunde später liegt jemand unter ihnen. Schreiend. Ein paar Seifenblasen fliegen vorbei. Ein Schlagstock saust vorüber, die Blase der Hoffnung platzt und der Wasserwerfer kommt immer näher. Engeres Zusammenrücken. Augen zukneifen. Weiterhoffen, dass die Blockade hält. Die Polizisten ziehen ab. Sie werden woanders gebraucht. Großes Durchatmen, dann die bittere Nachricht: Nazi-

formation an neuem Ort – schnell kommen!

Aufstehen, auf den Weg machen, ihr dort bleibt hier sitzen. Aus allen Ecken strömen wir zum gemeinsamen Ziel. Jemand erzählt etwas von Notstand. Andere nicken erfreut. Tausende Demonstranten stehen Hunderten Nazis gegenüber. Jetzt und hier. Jetzt oder nie. Eine Durchsage der Polizei. No pasarán – sie kommen nicht durch! Freude, Singen, Tanzen und Lachen heißen unsere Begleiter auf dem Weg nach Hause. Text: Eva Gabrysiak

Inspiration: ['solid] Brandenburg

DIE LINKE beschließt Leitantrag »Den Wandel sozial gestalten«

DIE LINKE Brandenburg hat auf der 2. Tagung des 2. Parteitags am 5. März 2011 in Potsdam den Leitantrag »Den Wandel sozial gestalten« mit großer Mehrheit verabschiedet. »Der Leitantrag ist für uns ein Kompass für ein soziales und gerechtes Brandenburg. Damit haben wir die Richtung beschlossen für unser weiteres Handeln in Regierungsverantwortung«, erklärt der Landesvorsitzende Thomas Nord zufrieden. Der Leitantrag ruft die Partei dazu auf, das Leitbild eines solidarischen Brandenburgs und einem Brandenburg der Regionen fortzuschreiben – trotz knapper Kassen. Es gilt, laut Leitantrag, »den ökologischen Umbau und den technologischen Wandel zu fördern und vor allem sozial zu gestalten«. Gleichwertige Lebensverhältnisse, demokratische Teilhabe, bürgernahe Verwaltung, das sind nur einige Ziele, die sich die Partei in diesem Leitantrag für Brandenburg setzt.

Der Beschluss im Netz: www.dielinke-brandenburg.de



Unisex-Tarife sind überfällig

»Endlich gibt es Klarheit: Weder Frauen noch Männer dürfen wegen ihres Geschlechts von Versicherungen diskriminiert werden. Dieses Urteil war längst überfällig«, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, das entsprechende Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Weinberg weiter:

»Das Urteil ist nicht zuletzt auch eine Ohrfeige für die Bundesregierung. Noch im August 2010 hat sie auf eine kleine Anfrage der LINKEN die überhöhten Tarife für Frauen in der privaten Krankenversicherung gerechtfertigt und eine Änderung dieser Praxis ausgeschlossen (BT-Drs. 17/2786). Nun zwingt der EuGH die Bundesregierung zu der unserer Auffassung nach richtigen Gleichstellung.

Die Benachteiligung ist in der Tat immens. Ein Versicherungsrechner auf der Internetseite des Versicherers Allianz zeigt, dass 24-jährige selbstständige Männer 347,31 Euro monatlich zahlen müssen, gleichaltrige Frauen hingegen 420,02 Euro. Das sind 20,9 Prozent mehr! Bei einem 50-jährigen Mann sind es 589,72 Euro, bei einer gleichaltrigen Frau 635,21 Euro. Ein Unterschied von immerhin 7,7 Prozent.«

01.03.2011

Merkel soll sich an die eigene Nase fassen

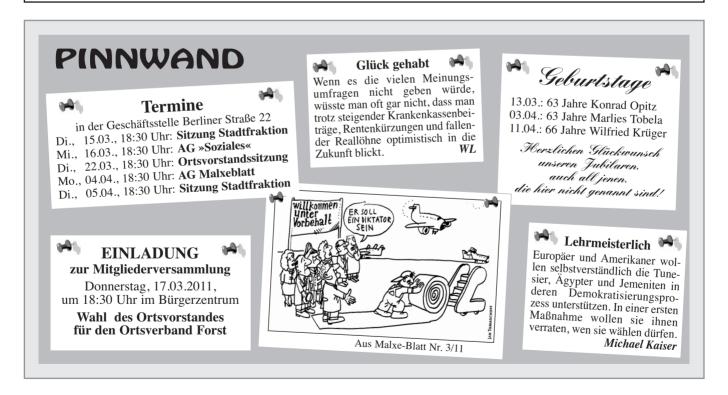
»Die Union kann sich künftig alle Debatten über Leitkultur und Werte schenken. Die Unions-Führung hat als selbst ernannte Hüterin von Anstand und Moral gründlich versagt«, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, zum Umgang von Kanzlerin und Union mit Plagiatsaffäre und Guttenberg-

Rücktritt. »Statt mit dem Finger auf andere zu zeigen, sollte sich Kanzlerin Merkel an die eigene Nase fassen. Sie hat einen schweren politischen Flurschaden zu verantworten, der noch lange nicht ausgestanden ist. Guttenberg verdient wahrlich keine Kränze geflochten. Sein Abgang in Opferund Märtyrerpose mit Medienschelte ließ Aufrichtigkeit vermissen, von Größe ganz zu schweigen«. Bartsch weiter: »Wer geistigen Diebstahl wie die Kanzlerin zur Bagatelle erklärt hat, vergeht sich an den Grundfesten von Rechtsstaat und Demokratie. Wenn sie schon nicht von der Opposition den Spiegel vorgehalten bekommen will, sollte sie wenigstens den Zorn des Wissenschaftsbetriebs ernst nehmen. Die Union hat für die Hoffnung, die Zipfel der Macht in den Händen zu behalten, Bildungsrepublik und Wissenschaftsstandort Deutschland in die Tonne getreten. Dass sie dabei im Verein mit der Bild-Zeitung intellektuelle Leistung herabwürdigte und an niedrigste Instinkte appellierte, war mehr als ein Kollateralschaden – es war ein Anschlag auf die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens.« 02.03.2011

Verordneter Antifaschismus von Regierungs Gnaden

Die Förderpraxis der Bundesregierung für Initiativen gegen Rechtsextremismus steht weiter in der Kritik. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Initiativen, die durch Bundesmittel gefördert werden wollen, müssen geloben, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes agieren und dass alle möglichen Bündnispartner dies ebenfalls tun. Damit sät die Bundesregierung Zwietracht innerhalb der Zivilgesellschaft. Das Maß aller Dinge ist letztlich der Verfassungsschutz. Heraus kommt ein verordneter Antifaschismus von Regierungs Gnaden. Einen größeren Gefallen kann man Rechtsextremisten nicht tun.«



Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE

Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE

V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen: Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst

Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im

Internet: www.dielinke-lausitz.de E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de